

FFVT on point: Forced Migration in Afghanistan and Afghan Refugees in the Region

Podiumsdiskussion „FFVT on point: Forced migration in Afghanistan and Afghan refugees in the region“, 8. November 2021

Am 8. November 2021 organisierte FFVT eine Online-Podiumsdiskussion zum Thema „Binnenvertreibung in Afghanistan und afghanische Geflüchtete in der Region“, um gemeinsam mit Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen die aktuelle Situation zu diskutieren und zu bewerten. In einer lebhaften Debatte diskutierten Mojib Atal (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg), Muhammad Mudassar Javed (Society for Human Rights and Prisoners' Aid [SHARP], Pakistan), Dr. Sibel Karadağ (Kadir Has University, Türkei), Dr. Katja Mielke (Bonn International Centre for Conflict Studies) und Dr. Hidayet Siddikoglu (Billim Research and Social Studies, Afghanistan) und teilten ihr Fachwissen über gewaltsam vertriebene Afghan*innen in Afghanistan, Pakistan, im Iran und in der Türkei.

Die Diskussion verdeutlichte die Komplexität der Situation in Afghanistan und in der Region und gab Denkanstöße zur Reflexion von Fluchtfragen im Allgemeinen. Demnach war der Zusammenbruch der afghanischen Regierung und die anschließende Machtübernahme durch die Taliban im August 2021 für die Podiumsgäste keine Überraschung, in Anbetracht der Entwicklung der letzten Jahre und der langjährigen Kriegsgeschichte des Landes. Zahlreiche Fehleinschätzungen seitens der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und ihrer Verbündeten sowie mangelnde Koordination führten demnach zum Scheitern der angestrebten Demokratisierungsbemühungen. Infolge dessen seien es überwiegend diejenigen Afghan*innen, die mit den USA und ihren Verbündeten zusammengearbeitet haben, und die städtische Mittelschicht, die aus Angst vor Verfolgung durch die Taliban nach wie vor versuchen, aus dem Land zu fliehen. Geschlossene Grenzen zu den Nachbarländern, die Behinderung von Evakuierungsprozessen und die fehlende Verfügbarkeit offizieller Dokumente erschweren die Situation zusätzlich. Dennoch scheinen die „westliche“ Öffentlichkeit und Medien oft zu vergessen, dass viele Menschen in weniger urbanisierten und abgelegenen Gegenden in Afghanistan bereits in den letzten Jahren unter der Herrschaft der Taliban gelebt haben. Nichtsdestotrotz bleibe die derzeitige Situation für Afghan*innen aufgrund eines massiven Nahrungsmittel- und Medikamentenmangels und der Unzugänglichkeit von abgeschnittenen Bergregionen des Landes wenig verheißungsvoll. Auf internationaler Ebene scheine sich die Wahrnehmung von afghanischen Geflüchteten in diesem Sommer geändert zu haben. Entgegen der häufigen Darstellungen in der Öffentlichkeit und in den sozialen Medien sei es der Einschätzung der Podiumsgäste nach jedoch unwahrscheinlich, dass die aktuelle Situation einen „neuen afghanischen Exodus“ auslöse. Trotzdem werde die Situation von flüchtenden Afghan*innen politisiert und sie werden zunehmend zum Sündenbock für soziale oder wirtschaftliche Probleme in anderen Ländern gemacht, wobei der Grad der Politisierung kontextabhängig sei.

In Pakistan sei die Situation für geflüchtete Afghan*innen nach wie vor ambivalent. Im Allgemeinen nehme die Regierung zwar eine relativ offene und flexible Haltung gegenüber Afghan*innen ein, aber es fehle an einer klaren Regierungspolitik. Dies sei zum Teil darauf zurückzuführen, dass Pakistan die Flüchtlingskonvention von 1951 nicht unterzeichnet hat. Daher befinden sich Afghan*innen in einem Schwebestadium ohne entsprechenden Schutz. Diese Situation spiegele sich auch in den gemischten Gefühlen der pakistanischen Politiker*innen und der Gesellschaft gegenüber Afghan*innen wider, die sie auch wiederholt mit terroristischen Anschlägen der Taliban in Pakistan in Verbindung bringen.

In der Türkei habe sich die öffentliche Wahrnehmung von Afghanischen Geflüchteten im Sommer verändert. Demnach waren in den letzten Jahrzehnten entsprechende Diskussionen in den Medien und in der Öffentlichkeit abwesend, bevor es zu einer plötzlichen Zunahme und dramatisierten Darstellung kam. Bilder einer angeblichen „afghanischen Invasion“ wurden heraufbeschworen, obwohl diese nicht mit Fakten belegbar war. Dies führte zu einer verstärkten Sicherung der türkisch-iranischen Grenze. Generell scheine die Türkei bei der Abschiebung von Afghan*innen ein Gleichgewicht zwischen systematischen Pushbacks zur Bewältigung gesellschaftlicher Spannungen und dem Bedarf des Landes an billigen Arbeitskräften zu suchen. Innerhalb des Landes befinden sich Afghan*innen zudem in einem Schwebestadium, da die Regierung ihnen weder einen Schutzstatus noch Zugang zu humanitärer Hilfe gewährt. Daher leben sie in der Türkei in äußerst prekären Verhältnissen am Rande der Gesellschaft. Sie seien der Ausbeutung auf dem türkischen Arbeitsmarkt schutzlos ausgeliefert, da sie keine Rechte, Pässe oder Dokumente besitzen und daher versuchen, als Tagelöhner über die Runden zu kommen.

Im Allgemeinen bestehe ein unmittelbarer Bedarf an humanitärer Hilfe und die Notwendigkeit von weiteren umgehenden Maßnahmen durch die internationale Staatengemeinschaft, um gewaltsam vertriebene Afghan*innen in ihrem Land und in der Region besser zu schützen und zu unterstützen. In diesem Zusammenhang sei es wichtig festzustellen, dass sich die Taliban in den letzten Jahrzehnten verändert haben. Die Gruppe sei heute stärker zersplittert und habe unterschiedliche Vorstellungen von Religion und Regierungsführung, wobei eine Seite ein gewisses Interesse an einer Zusammenarbeit mit den USA und deren verbündeten Ländern zeige, während eine andere Seite diese Idee strikt ablehne. Darüber hinaus habe das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) in der Vergangenheit im Kontext der Fluchtsituationen in Afghanistan eine ambivalente Rolle gespielt, und Kritiker zu Aussagen bewegt, dass sich UNHCR nicht ausreichend für Afghan*innen einsetze.

In einem breiteren Kontext betrachtet und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Flucht und Vertreibung zentrale Charakteristika des 21. Jahrhunderts sind, sei die Situation der Afghan*innen beispielhaft für Fragen von zunehmenden globalen Ungleichheiten. Dabei versuchen reiche Länder Migrationsfragen verstärkt zu externalisieren, indem sie periphere Länder als Gatekeeper einsetzen. Dies betreffe unter anderem auch die inoffizielle Unterstützung illegaler Pushbacks und die verstärkte Sicherung der Grenzen. Gleichzeitig versuchen ärmere Aufnahme-länder, Geflüchtete strategisch als Verhandlungsmasse in internationalen Verhandlungen einzusetzen.

In ihren abschließenden Erklärungen teilten die Podiumsgäste Politikempfehlungen für die internationale Staatengemeinschaft. Demnach solle die internationale Staatengemeinschaft durch internationale Organisationen mit den Taliban zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass humanitäre Belange in Afghanistan berücksichtigt werden. Darüber hinaus sei es notwendig,

Afghan*innen durch internationale Abkommen mittel- und langfristige Perspektiven im Land zu bieten. Außerdem wurde in einem der Appelle die Annahme eines migrationspolitischen Rahmens in Anlehnung an die bestehenden Mechanismen zwischen der Europäischen Union und der Türkei gefordert.

Merlin Flaig

Mit dieser Veranstaltung führte FFVT sein neues Diskussionsformat FFVT on point ein. Das Format dient als unregelmäßig wiederkehrende Plattform, um aktuelle, öffentlichkeitsrelevante Themen der Fluchtforschung zu diskutieren. Ziel ist es, durch den Dialog zwischen Wissenschaftler*innen, Akteur*innen aus Politik, Verwaltung, Medien und der Öffentlichkeit einen Beitrag zu einer evidenzbasierten gesellschaftlichen und politischen Debatte über Flucht und Migration zu leisten.

Projektinfo

Flucht- und Flüchtlingsforschung: Vernetzung und Transfer

Das Verbundprojekt „Flucht- und Flüchtlingsforschung: Vernetzung und Transfer“ (FFVT) zielt auf die Stärkung einer interdisziplinären Flucht- und Flüchtlingsforschung in Deutschland. Dazu führt das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Vorhaben die Forschung zu Migration, Entwicklung, Konflikten und Gewalt, Klimawandel, Gesundheit, Governance und Menschenrechten sowie weiteren Feldern zusammen. Auf diese Weise unterstützt FFVT die Vernetzung der zum Themenkomplex Flucht arbeitenden Einrichtungen und Wissenschaftler*innen. Um zukünftig eine akademische Ausbildung in der Flucht- und Flüchtlingsforschung zu ermöglichen, plant es den Aufbau von Studien- und Graduiertenprogrammen. FFVT will zudem die Internationalisierung der wissenschaftlichen Aktivitäten in Deutschland weiter vorantreiben und bietet deshalb unter anderem ein globales Fellowship-Programm an. Der Dialog zwischen Wissenschaft, Praxis, Medien und Politik ist ein weiteres Schlüsselement seiner Arbeit. FFVT soll einen Beitrag leisten, eine nachhaltige Infrastruktur der Flucht- und Flüchtlingsforschung in Deutschland zu etablieren, um exzellente wissenschaftliche Arbeit zu ermöglichen. Zur Fokussierung und Verbindung der wissenschaftlichen Debatten setzt FFVT im Projektverlauf wechselnde Akzentthemen. Das aktuelle Akzentthema lautet: „(Im)Mobilität und globale Standards des Flüchtlingsschutzes“.

FFVT wird gemeinsam betrieben vom Bonn International Center for Conversion (BICC), vom Centre for Human Rights Erlangen-Nürnberg (CHREN, Universität Erlangen Nürnberg), vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE, Bonn) und vom Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS, Universität Osnabrück).

Bitte beachten Sie, dass dies eine Zusammenfassung der auf der Veranstaltung diskutierten Inhalte ist. Dies spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung oder Ansichten von FFVT, seinen Mitgliedern oder Geldgebern wider.

Autor:innen: © Merlin Flaig, 2021

Layout: Ann-Christin Komes, Marja Vormann

Publikationsdatum: 9. Dezember 2021

Kontakt

Sekretariat
„Flucht- und Flüchtlingsforschung:
Vernetzung und Transfer“
Seminarstraße 19 a/b, 49074 Osnabrück

www.ffvt.net

contact@ffvt.net

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Projektpartner

bicc Bonn
International Centre
for Conflict Studies

Centre for Human Rights
Erlangen-Nürnberg
CHREN

d.i.e
Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute

Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien

IMIS

Institute for Migration Research
and Intercultural Studies